

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	7. Mai 2026
Zeit	19:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Ort	Aula Lenzhard
Vorsitz	Corin Ballhaus, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende	33 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Francis Kuhlen Christoph Nyfeler Simona Minnig Pascale Muhmenthaler Manuel Egli Janine Pfister Daniel Blaser
Protokollführung	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin

Traktanden

1. Mitteilungen
2. (26/19) ER-Vorlage; Schulraumplanung; Erstellung Provisorium ab 2025; Verpflichtungskredit
3. (26/18) ER-Vorlage; Wolfsackerstrasse, Belagssanierung & Randabschlüsse; Verpflichtungskredit
4. (26/17) ER-Vorlage; Othmarsingerstrasse; Umgestaltung und Strassensanierung; Verpflichtungskredit
5. (26/11) Festlegung der Sitzungsgelder für die Amtsperiode 2026/2029
6. (26/2) Schriftliche Anfrage; Marcel Strebel (FDP); Entfernung von Parkbänken; Beantwortung des Stadtrats
7. (26/13) Schriftliche Anfrage Ivanka Basic (SP) zur Alterspolitik in Lenzburg; Beantwortung des Stadtrats
8. (26/12) Schriftliche Anfrage Thomas Schaer (SP); Projektende "Einfach Gut"; Beantwortung des Stadtrats
9. Varia

Verhandlungen:

1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Ich begrüsse euch zum heutigen Abend. Die Wärme vom April macht gerade ein bisschen Pause, aber der Regen ist für die Bauern oder Heuschnupfengeplagte wie mich eine willkommene Abwechslung. Unsere Traktandenliste präsentiert sich heute kürzer als gewohnt. Schauen wir es als Durchschnaufen vor der Junisitzung an. An dieser befinden wir über die Jahresrechnung und den Rechenschaftsbericht. Dies hat in diesen Tagen für mediale Schlagzeilen gesorgt. Nachdem heute nur vier ordentliche Geschäfte zur Beratung und Abstimmung traktandiert sind, lässt das Raum für die Beantwortung von drei schriftlichen Anfragen durch den Stadtrat. Die Traktandenliste und die dazugehörigen Unterlagen sind uns, wie gewohnt, rechtzeitig zugestellt bzw. zur Verfügung gestellt worden. Die luftigere Traktandenliste macht es wohl aus, dass wir für den heutigen Abend einige Entschuldigungen zu verzeichnen haben. Es sind das von der FDP, der Fraktionspräsident Francis Kuhlen, Christoph Nyfeler und Simona Minnig. An dieser Stelle ihr und unserem Ratskollegen Philippe Minnig ganz herzliche Gratulation zur Tochter. Weiter sind entschuldigt von der GLP die Fraktionspräsidentin Pascale Muhmenthaler und Manuel Egli, von der SP Janine Pfister und von der Mitte Daniel Blaser. Ich hoffe, dass die Präsenz in den Folgesitzungen dann wieder ein bisschen näher an unserer Vollbesetzung sein wird. Apropos Präsenz. Heute gibt es ausnahmsweise keine Präsenzliste, die die Runde macht, die ist vergessen gegangen für einmal, aber wir haben alle im Auge. Es wird trotzdem Sitzungsgeld geben. Darüber stimmen wir dann heute auch noch ab. Schön, dass wir auch in reduzierter Besetzung im Rat auf eine Vollbesetzung bei den Vertreter/-innen der lokalen Medien zählen dürfen. Heute Abend begrüssen wir Rinaldo Feusi, Chefredaktor des Lenzburger Bezirksanzeiger. Leandra Sommaruga von der Aargauer Zeitung und Adrian Oberer, der Chefredaktor der Lenzburger Nachrichten. Ich stelle fest, der Rat ist trotz sieben Absenzen beschlussfähig und erkläre die Sitzung damit offiziell für eröffnet. Merci an meine Kolleginnen und Kollegen vom Ratsbüro, die mich hier oben zu meiner rechten und linken Seite tatkräftig unterstützen. Merci auch an euch alle, dass ihr euch dann bei euren Voten jeweils an §21 von unserem neuen Geschäftsreglement erinnert, der daran appelliert, sich kurz zu fassen. Wir wollen ja nicht, dass die Kommission, die das Reglement überarbeitet hat, noch bereuen müsste, dass sie von einer Redezeitbeschränkung abgesehen haben. Damit komme ich zum ersten Traktandum Mitteilungen. Das Protokoll unserer Sitzung vom 12. März 2026 ist am 2. April 2026 in unserem Sitzungstool und auf der Website der Stadt hochgeladen worden. Die Beschlüsse der Sitzung vom 12. März 2026, die dem fakultativen Referendum unterliegen, sind am 20. April 2026 in Rechtskraft erwachsen. Für den heutigen Abend haben wir zwei Neueingänge. Es wurden zwei Vorstösse eingereicht. Bereits unter der mitgeteilten Emailadresse einwohnerrat@lenzburg.ch. So muss man nicht mehr überlegen, wem das geschickt werden soll. Es erreicht uns im Ratsbüro. Eingereicht worden ist ein Postulat der SP, den Grünen und der Grünliberalen zu einer durchgehenden Veloverbindung Bahnhof Schützenmatte entlang des Bahndamms, verfasst von Fabian Würmli, SP. Das Postulat wird, wie ich es gesagt habe, von der SP, den Grünen und den Grünliberalen unterstützt. Ausserdem hat uns eine schriftliche Anfrage von der Mitte und der EVP zur Vereinsfinanzierung erreicht, verfasst von Cécile Kohler von der Mitte. Das Ratsbüro wird beide Vorstösse im Einklang mit unserem neuen Geschäftsreglement innerhalb eines Arbeitstags auf seine Rechtmässigkeit prüfen. Danach werden die beiden Vorstösse spätestens am Montag auf unserem Sitzungstool und auf der Website der Stadt allen zugänglich gemacht. Das Postulat wird in der Folge an unserer Sitzung vom Juni traktandiert werden, wo wir dann über die Überweisung an den Stadtrat abstimmen werden. Als Auskunfts-

personen darf ich den gesamten Stadtrat begrüßen. Anwesend von den Abteilungsleitern darf ich im Publikum ausserdem begrüßen, Peter Trachsel, Leiter Führungsunterstützung und bei dieser Gelegenheit auch ein herzliches Willkommen an die interessierten Gäste auf den Zuschauerrängen. Wir haben noch einen Vertreter der Verwaltung da, aus der Abteilung Tiefbau & Verkehr, Dani Taubert. Willkommen. Heute haben wir keine Einbürgerungen traktandiert, aber das als Spoiler für die nächste Sitzung vom Juni. Wir werden dort zum letzten Mal über Gesuche um die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts befinden und das dann gerade mit einer doppelten Ladung, denn es haben bis dann zwei Sitzungen der Einbürgerungskommission stattgefunden und wir werden uns also ausgiebig von unserer bisherigen Aufgabe verabschieden können. Damit komme ich bereits zum Traktandum 2 Schulraumplanung: Erstellung Provisorium ab 2025.

2 (26/19) ER-Vorlage; Schulraumplanung; Erstellung Provisorium ab 2025; Verpflichtungskredit

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Der Stadtrat beantragt einen Verpflichtungskredit von CHF 1'384'500 für die Erstellung eines weiteren Provisoriums auf dem Lenzhard-Areal respektive eine Erweiterung des bestehenden Provisoriums. Spätestens seit uns der Stadtrat im November 2024 den Masterplan Schulraum vorgestellt hat, wissen wir, dass es nicht ohne Ergänzungsbauten geht. Im März 2024 haben wir über das erste Provisorium abgestimmt und einen Verpflichtungskredit über CHF 1,34 Millionen genehmigt. Im Oktober 2025 ist uns die Kreditabrechnung mit einer Kostenüberschreitung von fast 25 % vorgelegt worden. Begründet hat der Stadtrat das mit dem hohen zeitlichen Druck bei der Realisierung des Provisoriums. Der zeitliche Druck ist weiterhin hoch, soll doch das zweite Provisorium auf das Schuljahr 2026/2027 bereit sein. Das ist einmal mehr sportlich. Im Gegensatz zum ersten Provisorium sind wir aber diesmal von der Vorlage nicht wirklich überrascht worden, sondern haben Ende letzten Jahrs dem Projektierungskredit zur Planung des zweiten Provisoriums zugestimmt. Ausserdem hat der Stadtrat schon letzte Woche ein Baugesuch aufgelegt, natürlich vorbehältlich unserer Entscheidung von heute Abend. Das Votum zur Vorlage seitens der GPFK hält Ivanka Bašić von der SP.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Einwohnerratspräsidentin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen und geschätzte Anwesende, ich rede zuerst aus der Sicht der GPFK und nachher aus der Sicht der Fraktion. Die GPFK hat die Vorlage beraten und unterstützt sie einstimmig das kann ich jetzt schon vorwegnehmen. Wir sind uns einig, wir brauchen den zusätzlichen Schulraum rasch. Der Zeitdruck ist gross, weil das Provisorium bereits nach den Sommerferien bereitstehen muss. Gemäss Vorlage hat die Planung direkt nach dem letzten Planungsbeschluss gestartet und sogar die Baueingabe, wie schon gesagt worden ist, ist schon eingereicht, bevor jetzt der Entscheid im Einwohnerrat gefällt wurde. Das zeigt, es eilt wirklich. Ein Diskussionspunkt in der GPFK war, dass der Stadtrat die Grundsatfrage, wie es längerfristig mit dem Schulraum jetzt weitergeht, Verdichtung versus neuen Standort aus Zeitmangel noch nicht verfolgen konnte. Die Ressourcen sind in den letzten Monaten aufgrund von vielen parallelen Projekten und wegen dem Zeitdruck stark auf die rasche Realisierung dieser Aufstockung gelegt worden. Zuerst müssen die neuen Schülerzahlen, welche der Kanton rausgab, plausibilisiert werden, und erst auf dieser Grundlage kann der Stadtrat die strategische Frage beraten und entscheiden. Diskutiert wurde auch der Lift. Wir haben uns gefragt, warum beim ersten Provisorium eigentlich nicht schon ein Lift eingebaut worden ist, der bis zum dritten Stock fahren kann. Damals wurden die Container ohne Lift beschafft und dann gab es eine Einwendung, wo man nachträglich den Lift einbauen musste und in der Hektik des Projekts hatte man das nicht

im Fokus. Man hat die Situation mit Procap besprochen und es ist nötig, den Lift einzubauen. Was auch noch gesagt wurde, ist, dass der Lift, der jetzt bis zum zweiten Stock fährt, auch verkauft werden kann. Da gibt es noch ein wenig Einnahmen. In diesem Zusammenhang haben wir uns auch gefragt, ob der Lift reicht, wenn man jetzt nochmals einen Stock darauf bauen würde. Die Antwort des Stadtrats war klar, ein vierter Stock ist nicht vorgesehen. Der Stadtrat wird jetzt mit der Konzipierung des Schulraums anfangen. Weiter wurde auch die Fassadenbegrünung diskutiert. Grundsätzlich wurde die Begrünung positiv gewertet. Weil das, zusätzlich zu diesen Kühl- und Lüftungsanlagen, ausdrücklich als Massnahme gegen die Überhitzung ist. Gleichzeitig ist aber auch kritisch angesprochen worden, dass eine Fassadenbegrünung bei grosser Hitze nicht ganz so einfach ist und die Frage ist eben auch, ob die Begrünung unter diesen Bedingungen überhaupt gut anwachsen kann und längerfristig bleibt. Die GPFK findet den Ansatz der Begrünung richtig, erwartet aber auch, dass es ein praxistaugliches Konzept gibt, damit die Begrünung im Betrieb auch wirklich funktioniert. Die Aufstockung ist nicht die perfekte Lösung für alles, aber sie ist die nötige Lösung für jetzt und die GPFK empfiehlt sie einstimmig zur Annahme. Wir haben aus Sicht der SP-Fraktion die Vorlage auch intensiv diskutiert und sind auch der Meinung, dass wir den Schulraum brauchen, weil die Situation für Lehrpersonen und für Schüler und Schülerinnen mit diesen Provisorien damit verbessert wird. Wir haben auch gehört, dass Lehrpersonen und Schüler und Schülerinnen mit dem Provisorium zufrieden sind. Es ist aber auch kritisch diskutiert worden, ob der Stadtrat nicht schon früher hätte realisieren und planen müssen. Die Kritik bleibt, weil wir der Ansicht sind, dass es einfach nicht reicht, als Massnahme immer wieder Provisorien zu erstellen. Der zweite Punkt war auch der Lift, den ich vorher erwähnt habe und für uns ist klar, Barrierefreiheit muss selbstverständlich sein. Dann ist auch die Frage aufgetaucht, warum man nicht andere Modulbauten zum Beispiel aus Holz gewählt hat. In der Vorlage steht, dass bei einer anderen Lösung zusätzliche Kosten entstehen würden und ein zusätzlicher Zeitverlust. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage grossmehrheitlich, nicht, weil damit alle Probleme gelöst werden, sondern auch, weil jetzt entschieden und gehandelt werden muss.

Sigrid Schärer (Grüne): Guten Abend miteinander, auch wir haben die Thematik zusammen mit der SP diskutiert und haben Pro und Kontra ein bisschen abgewogen. Provisorien sind natürlich nicht ein wunderschönes Projekt, das man sich so vorstellt. Wir finden aber auch, dass es den Schulraum braucht, und zwar jetzt. Wir möchten dem nicht im Weg stehen und unseren Schülern und Lehrpersonen gute Bedingungen bieten. Deswegen sagen auch wir Ja. Wir bitten aber den Stadtrat wirklich, diese Schulraumplanung in den Fokus zu setzen und einen Entscheid zu treffen. Dieser ist überfällig. Es braucht einen Entscheid, wie es weitergeht. Ich würde ungern nächstes Jahr wieder hier stehen und über ein weiteres Provisorium reden. Natürlich finden wir von den Grünen es auch positiv, dass es an der Fassade eine Begrünung geben wird. Ich habe gerade die Erfahrung gemacht, dass man damit sehr positive Effekte erzielen kann. Wir stimmen diesem Verpflichtungskredit zu. Danke.

Timo Häusermann (FDP): Geschätzte Präsidentin, geschätzte Anwesende, unsere verzwickte Schulraumsituation ist auf zusätzliche, bald verfügbare Schulzimmer angewiesen. Die modulare Container-Lösung ist zwar nicht die schönste, aber sie ist zweckmässig und sie ist rasch verfügbar. Darum sind wir von der Fraktion einstimmig dafür. Merci.

Marvin Meier (SVP): Sehr geehrte Anwesende, wir von der SVP-Fraktion werden dieser Vorlage für die provisorische Lösung geschlossen zustimmen. Genügend Schulraum für eine wachsende Gemeinde wie Lenzburg ist nicht nur richtig, es ist auch wichtig. Wir begrüssen ausdrücklich, dass eine vernünftige und kostenschonende Lösung gefunden worden ist, ein durchdachter Mix aus neuen

und gebrauchten Containermodulen. Statt alles neu und teuer anzuschaffen, wird mit Augenmass und Pragmatismus gehandelt. Das ist genau der Ansatz, den wir uns wünschen. Trotzdem bleiben zwei Punkte. Erstens hoffen wir sehr, dass das Projekt realistisch gerechnet worden ist. Wir möchten bei der Genehmigung der Rechnung nicht wieder über 25 % Mehrkosten diskutieren. Zweitens finden wir den Zeitplan sportlich. Wir hoffen, dass keine unvorhergesehenen Hindernisse auftauchen, die das Projekt unnötig verzögern. Als letzter Punkt gab auch der Lift bei uns zu reden. Wir waren uns einig, es ist wichtig, dass Personen, insbesondere Kinder, mit einer Beeinträchtigung barrierefrei und würdevoll am Schulalltag teilnehmen können, aber bei so einem Provisorium hätte man sicher auch irgendwie noch eine andere Lösung finden können. Danke vielmals.

Fabian Würmli (SP): Sehr geehrte Anwesende, ich danke dem Stadtrat für die ehrliche Vorlage. Es steht ja eigentlich drin, dass die Baucontainer nicht wirklich geeignet sind für den Schulraum. Man muss eine Verstärkung für die Wandtafel machen und man muss ein Gitter für die Überhitzung mit Pflanzen spannen. Wenn das funktioniert, gut, aber wenn das nicht funktioniert, könnte man auch ein weisses, halbtransparentes Netz machen. Man könnte einen Graffiti-Workshop machen, zum Beispiel im Teegarten, das gäbe ein Gesicht und eine Identifikation, man müsste die Scheusslichkeit dahinter nicht anschauen. Dann ist es auch ehrlich, dass man es in fünf Jahren abschreiben muss. Das ist sehr wenig, das heisst, es ist keine nachhaltige Lösung. Natürlich wäre ein Holzelementbau teurer gewesen, aber den könnten wir auch 50 Jahre lang brauchen. Also von daher, ist es für mich ein bisschen eine Discounterlösung und ich möchte Andi zitieren. In der Sitzung 2024, als wir zum ersten Mal über diese Container diskutierten, sagte er Zitat: Ihr könnt mich gerne zitieren. Ich habe schon ein paarmal gesagt, ich bin nicht ein Befürworter von Containern, ich bin der Meinung, wenn es möglich ist, Container zu verhindern, dann muss man das machen. Zitat Ende. Barbara sagte diese Container verschaffen Luft, um modulare Ergänzungen zu machen oder einen Neubau zu prüfen, wo auch immer der dann stehen soll und parallel mit der HPS die Rahmenbedingungen zu klären. Das war vor fast zweieinhalb Jahren. Jetzt sind wir so weit, wir haben wieder eine Vorlage bei der wir, ich zitiere die Bürgerlichen, Ja oder Ja stimmen können, denn es gibt keine Alternativen. Ich bitte wirklich den Stadtrat in Zukunft diese Alternativen zu prüfen. Auch das Gebäudealter muss geprüft werden. Wir haben auch hier Dinge, die kommen werden und einen dritten Schulstandort nicht lösen kann. Auch bitte ich den Stadtrat die Turnhallenplanung weiter voranzutreiben. Danke.

Cécile Kohler (Die Mitte): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der beiden Räte, geschätzte Gäste und Mitarbeitende der Verwaltung und Pressevertretende, die Fraktion Mitte-EVP hat die Vorlage zur Schulraumplanung sorgfältig studiert und ja, auch wir werden dem Kredit zustimmen. Einmal mehr stört uns die Kurzfristigkeit. Wir haben die Auswahl zwischen Ja und Ja. Es wäre schön, wenn wir das schon früher hätten. Aber es ist so, dass wir den Schulraum brauchen. Unsere Schülerinnen und Schüler sollen in vernünftigen Schulzimmern unterrichtet werden können. Wir haben über die Kosten des Lifts diskutiert, weil wir das heute schon ein paar Mal gehört haben. Wir stellen nicht in Frage, dass es den Lift braucht. Aber ein allfälliges weiteres Geschoss sollte eben auch Liftauglich sein. Es ist uns gesagt worden, es wird kein weiteres Geschoss mehr geben. Das wissen wir nicht und darum bitten wir den Stadtrat, bei provisorischen Bauten auch ein bisschen vorausschauend zu planen, denn erfahrungsgemäss werden die jeweils relativ lange genutzt. Wir bitten auch, wie wir das heute schon gehört haben, dass man bei der definitiven Schulraumplanung rasch vorwärts macht, dass wir gut in die Zukunft planen können und dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht permanent in Provisorien unterrichtet werden müssen. Wir werden dem Antrag zustimmen. Danke.

Stadtamman Andreas Schmid: Ich führe gerne zwei drei Sätze zu den Einwänden aus. Zum einen Thema mit dem Lift. In diesem Zusammenhang kann ich sagen, wir haben proaktiv das Gespräch gesucht mit Procap, ob wir da einen Kompromiss finden könnten. Die gesetzliche Vorgabe ist aber klar, auch das dritte Obergeschoss muss mit dem Lift erschlossen sein. So hätten auch Interessenvertreter oder Verbände die Möglichkeit, eine Einwendung zu machen. Von der Terminierung her können wir uns nicht auf ein Experiment einlassen und eine Einwendungsverhandlung abhandeln. Auch wenn wir eine solche Einwendung haben, es würde klar zu unseren Ungunsten ausfallen. Wir haben diese Frage geklärt, ob es möglich wäre den Lift nur in den zweiten Stock zu belassen, ob eine Ausnahme möglich wäre im Kontext vom Kosten-Nutzen-Verhältnis. Aber uns wurde aufgezeigt, dass die Notwendigkeit da ist und alle drei Stockwerke mit dem Lift erschlossen werden müssen. So hat sich diese Option geschlossen. Zum Zitat, das gemacht wurde, dazu stehe ich auch Stand heute noch. Wenn es möglich wäre, würde ich gerne auf diese Container verzichten. Ich glaube es ist nicht die optimalste Lösung. Da gibt es sicher ansprechenderen Schulraum. Man muss aber sagen, wir bekommen auch gute Rückmeldungen von Schülern und Lehrpersonen zu diesen Containern. Aber ja, wenn ich auf der grünen Wiese ein Schulhaus bauen oder planen könnte gäbe es sicher keine Container. Langfristig gesehen gäbe es sicher auch wirtschaftlichere Lösungen. Aber im Gesamtkontext hat unsere Schulraumplanung einen langen Weg hinter sich. Für den kurzfristigen Schulraumbedarf ist es, so glaube ich, ein vernünftiger Weg diese Container hinzustellen. Das Ziel des Stadtrats ist es nicht, noch weitere Container auszubauen und am Schluss nur noch Schulhäuser mit Containeranlagen zu haben. Wir brauchen einfach im Moment diese Überbrückung zur Planung und Realisierung weiterer Schulanlagen.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Antrag des Stadtrats über einen Verpflichtungskredit von CHF 1'384'500 bewilligen möchte, soll das bitte durch Aufstehen bekunden.

Die Vorlage wurde mit 32-Ja Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

3 (26/18) ER-Vorlage; Wolfsackerstrasse, Belagssanierung & Randabschlüsse; Verpflichtungskredit

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Wir machen weiter mit dem Traktandum 3, Verpflichtungskredit Wolfsackerstrasse, Umgestaltung und Strassensanierung. Das ist an unserer zweiten ordentlichen Sitzung in der neuen Legislatur schon die dritte Vorlage für eine Strassensanierung. Bei dieser geht es jetzt mal nicht um den Ausbau des Fernwärmenetzes, sondern um ein Umlegen von Werkleitungen im Zusammenhang mit dem Bahnhofsumbau. Der Stadtrat beantragt einen Verpflichtungskredit von CHF 314'000. Sprecher der GPFK zu dieser Vorlage ist Daniel Bär von der SP.

Daniel Bär (SP): Geschätzte Anwesende, wie es die Präsidentin vorhin schon erwähnt hat, es wird uns – ein weiteres Mal – vom Stadtrat eine Strassenvorlage vorgelegt. Ein weiteres Mal müssen wir uns fragen, ob die Strasse jetzt wirklich saniert werden muss oder nicht. Diese Frage haben wir uns auch in der GPFK gestellt. Insbesondere der gemäss Strassenzustandsindex als Mittel bezeichnete Strassenzustand hat Fragen zur tatsächlichen Notwendigkeit der Sanierung dieser Strasse ausgelöst. Teile der Strasse, insbesondere die Rand- und Wassersteine vom Trottoir, haben aber ihr Lebensende erreicht. Zudem ist die Strasse bereits an diversen Stellen geflickt worden und es besteht vor allem im Winter die Gefahr, dass Wasser ins Fundament eintritt und dieses beschädigt. Da die SWL ihre Leitungen zum jetzigen Zeitpunkt sanieren und auch im Zusammenhang mit dem

Bahnhofsumbau umverlegen muss, wird die Strasse also sowieso aufgemacht. Es besteht also für die Stadt die Möglichkeit, mitzuziehen. Die SWL wird sich gemäss Kostenteiler mit rund CHF 11'000 an den Kosten beteiligen. Gemäss Auskunft der zuständigen Amtsstelle wird auch während des Umbaus des Bahnhofs kein Baustellenverkehr über die Wolfsackerstrasse geleitet werden. Das ist eine Auflage der Stadt an die SBB. Die Gefahr, dass also eine frisch sanierte Strasse nach kurzer Zeit durch starke Belastung aufgrund von Baustellenverkehr in Mitleidenschaft gezogen wird, besteht nicht. Bei Nichteintreten auf die Vorlage müssen vermutlich auch gemäss Auskunft der zuständigen Amtsstelle in nächster Zeit trotzdem diverse Unterhaltsarbeiten und Teilsanierungen an der Wolfsackerstrasse vorgenommen werden. Weiter sind die zusätzlichen Baustellenemissionen bei Nichteintreten auf das Geschäft im Quartier zu beachten. Jetzt saniert die SWL, die Stadt nimmt vielleicht Teilsanierungen vor, der Bahnhof wird umgebaut und die Strasse wird dann zu einem späteren Zeitpunkt noch total saniert. Die Belastungen für die Anwohnenden können wir jetzt ein bisschen kürzen, indem wir die Strasse in einem Schritt gemeinsam mit der SWL sanieren. Ganz nach dem Motto aufgeschoben ist nicht aufgehoben und zur Verhinderung von Mehrkosten aufgrund von kurzfristigen Teilsanierungen und einer späteren Totalsanierung stimmt die GPFK dieser Vorlage knapp mit 4 Ja zu 3 Nein bei einer Enthaltung zu.

Claudia Casanova (Die Mitte): Geschätzte Stadträte, geschätzte Einwohnerräte, liebe Anwesende der Presse, inzwischen hat sich das Resultat ein bisschen geändert. Wir von der Fraktion Mitte-EVP stimmen dem Antrag zu, allerdings nicht ganz vorbehaltlos. Wir möchten an dieser Stelle festhalten, dass wir diskutiert haben, genau wie es Dani Bär auch erwähnt hat, dass die Strassenfundation ausweislich eigentlich gut ist. Es ist lediglich ein Belag, der erneuert werden muss und eine dringliche Gesamtsanierung ist überhaupt nicht augenfällig. Das ist für uns im ersten Moment fragwürdig gewesen. Der eigentliche Auslöser ist der Leitungsersatz durch die SWL und das ist für uns im Antrag nicht so klar kommuniziert worden. Wir anerkennen die übergeordnete Logik dieses Vorhabens, dass der betreffende Strassenabschnitt eingebettet ist, in eine umfassende Gesamtplanung des Tiefbaus und im Rahmen von verschiedenen Strassenabschnitten erneuert werden soll. Der isolierte Aufschub dieses Teilstücks würde die Gesamtplanung behindern und Mehrkosten und ökologische Folgekosten verursachen. An dieser Stelle möchten wir zu der Antragsbegründung kritische Anmerkungen machen. Für Laien und insbesondere Anwohner und Anwohnerinnen wie mich von diesem Quartier ist es nicht unbedingt ersichtlich, warum der Strassenabschnitt mit so einer Dringlichkeit erneuert werden soll. Ich frage einfach an dieser Stelle, wie viele Autos fahren dort genau durch pro Stunde oder pro Tag. Ich sehe vielleicht eines pro Tag, wenn ich da durch gehe. An dieser Stelle möchten wir einfach sagen, dass wir in Zukunft gerne in einem Antrag die Gesamtplanung oder eine Referenz zu dieser Gesamtplanung begrüßen würden, damit man den Zusammenhang verstehen kann. Wir würden auch eine Erklärung begrüßen, warum es nachhaltig ist, den Abschnitt jetzt zu sanieren, warum es aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht Sinn macht. Aber noch viel mehr möchte ich auf den Kostenteil der SWL eingehen. Unser zentrales Anliegen betrifft die Aufteilung zwischen der Stadt und der SWL betreffend den Kosten. Es ist aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt, dass die Mehrkosten, ein sehr hoher Anteil, auf die Allgemeinheit abgewälzt werden und die SWL einen kleinen Anteil, CHF 11'000, an diese Infrastrukturerneuerung bezahlt, wo sie ja eigentlich die treibende Kraft ist. Die SWL ist ein Monopolanbieter und in einer privilegierten Stellung in der Stadt Lenzburg und wir sind der Auffassung, dass in Zukunft da Verhandlungsspielraum vorhanden ist, dass die Stadt mit der SWL bei zukünftigen Projekten den Verhandlungsspielraum ausnützen und im Interesse der Steuerzahlenden konsequent nutzen soll. Danke vielmals.

Manuel Schmutz (Grüne): Geschätzte Anwesende, §21, ich halte mich kurz. Wir haben das kontrovers diskutiert. Ein paar Kontraargumente waren der Zustand. Diesen halten wir für ausreichend für eine Quartierstrasse. Es gibt weder Bäume noch Entsiegelungen und die kleine Beteiligung der SWL haben wir ebenfalls diskutiert. Wir sehen aber auch Proargumente. Wenn man es jetzt macht, dann haben wir Ruhe für eine gewisse Zeit und der Randabschluss hat definitiv eine Sanierung nötig. Die Fraktionen SP und Grüne haben Stimmfreigabe beschlossen. Danke.

Sandro Werder (FDP): Geschätzte Anwesende, ich halte mich kurz und möchte trotzdem ein bisschen unsere Meinung kundgeben, die wir an dieser Sitzung hatten und besprochen haben. Wie mehrfach erwähnt, ist der Zustand von dieser Strasse noch gut. Sie wird auch nicht oft befahren. Von daher sehen wir die Dringlichkeit noch nicht. Klar sind Synergien mit der SWL spannend, wenn es zum Beispiel um Fernwärme o.ä. geht. Aber eine Dringlichkeit bei dieser Wasserleitung sehen wir nicht so. Dies vor allem vor dem Hintergrund der Bahnhofsanierung. Auch wenn dort keine Zufahrt zum Bahnhof ist, gehört der Wolfsacker zur Bahnhofszone. Vielleicht lösen andere Bautätigkeiten an dieser Strasse dann wieder ein Flickwerk aus. Von uns hergesehen, wäre es sinnvoller die Arbeit auszuführen, nachdem die Bahnhofsregion erneuert worden ist. Dies auch unter der Tatsache, dass in den nächsten Jahren die Strasse nicht so fest leiden wird, dass der ganze Belag erneuert werden muss. Deshalb sind wir von der FDP ablehnender Haltung und sagen, die SWL darf ihre Leitung da gerne sanieren, vielleicht muss dadurch der Randstein dann sowieso ersetzt werden und dann ist das Problem erledigt.

Stadträtin Christina Bachmann: Vielen Dank für die Voten zu der Wolfsackerstrasse. Ich möchte drei Punkte herausnehmen, und zwar, wenn wir davon reden, dass der SWL-Beitrag tief ist, dann ist das einfach der Beitrag, den sie zahlen. Selbstverständlich entstehen auch viele Mehrkosten, wenn man zwei Projekte aufgleist und dazu kommen noch die Kosten, die die Anwohner tragen müssen. Ganz generell ist die Baustellenkoordination extrem wichtig: Einerseits durch die Ersparnisse, wie beispielsweise die doppelte Nutzung des Baggers, die wir da tätigen können. Alle, die solche Baustellen koordinieren und planen wissen auch, was das bedeutet, wenn man zweimal am gleichen Ort bauen muss. Dann ist es auch so, das hat Daniel schon schön gesagt, wir werden in den nächsten fünf bis zehn Jahren dort sowieso sanieren müssen. Vielleicht sieht man es nicht immer gut, aber die Randabschlüsse sind dringend sanierungsbedürftig und das Wasser kann nicht mehr richtig in den Schacht ablaufen und das gibt nachher Probleme bei der Foundation. Wir hätten da eine ewige Baustelle, weil die SWL jetzt baut und wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren und dann kommt auch noch der Bahnhof. Was ich zum Abschluss noch sagen möchte, wir versuchen im Tiefbau strategisch zu sanieren. Wir schauen auf das Budget und dass konstant investiert wird und nicht schwankend. Wir schauen auch, dass wir die Strassen nicht so verfallen lassen, dass eine Sanierung zwingend notwendig ist und dadurch hohe Kosten entstehen. So halten wir die Strassen in gutem Zustand und das ist eine Investition in unsere Infrastruktur. Deshalb freut es mich, wenn ihr diese Vorlage annimmt. Merci.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Danke, Frau Vizeammann, für die Erläuterungen. Wenn niemand sonst noch ein Wort wünscht, dann würden wir hier zur Abstimmung kommen. Wer den Antrag des Stadtrats über einen Verpflichtungskredit von CHF 314'000 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten für die Umgestaltung und Strassensanierung des Wolfsackers annehmen möchte, soll das bitte hier durch Aufstehen bekunden.

Abstimmung: 15 Ja Stimmen zu 15 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Dann darf ich schon in der dritten Sitzung einen Stichentscheid fällen. Ich treffe den Stichentscheid zugunsten des Antrags des Stadtrats.

Der Antrag wird somit angenommen.

4 (26/17) ER-Vorlage: Othmarsingerstrasse; Umgestaltung und Strassensanierung; Verpflichtungskredit

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Dann kommen wir zum Traktandum 4, Verpflichtungskredit Othmarsingerstrasse Umgestaltung und Strassensanierung. Die Anwohnerinnen und Anwohner der Othmarsingerstrasse haben lange auf diese Vorlage warten müssen. Der Stadtrat hat ihnen die Aufwertung der Strasse schon im Zusammenhang mit dem Knoten Neuhof vor über zehn Jahren in Aussicht gestellt. Anders als bei unseren sonstigen Strassenbauprojekten liegt hier bereits eine Baubewilligung vor und das schon seit 2018. Jetzt besteht von mehreren Seiten Druck, die Sanierung endlich in Angriff zu nehmen. Also manchmal fragt man sich ja dann schon von wegen Planung und konstant investieren. Zum einen soll die Sanierung nicht dem kantonalen Projekt Freiämterplatz in die Quere kommen, das voraussichtlich 2029 starten sollte. Darum soll die Sanierung der Othmarsingerstrasse im Herbst starten und im Frühling 2028 abgeschlossen werden. Zum anderen darf die Stadt nach dem Abschluss der Sanierung im Rahmen des Agglomerationsprogramms der 4. Generation mit einer Kostenbeteiligung des Bunds im Umfang von einer halben Million rechnen, was dann hoffentlich nicht vergessen geht. Ausserdem möchte die SWL bei dieser Gelegenheit das Fernwärmenetz ausbauen. Das ist jetzt innerhalb von zwei Sitzungen das dritte Projekt, bei dem es um das Verlegen der Fernwärmeleitungen geht. Die Leitungen sind das eine, die Anschlüsse das andere. Dazu braucht es nämlich Energiezentrale und da hoffen wir doch, dass der Informationsabend, zu dem die SWL eingeladen hat, Aufschluss geben wird, wo die jetzt gebaut werden sollen. Es würde sicher auch nicht schaden, wenn die SWL dazu dann einmal einen öffentlichen Anlass veranstalten würde. Im Moment ziehen sich die Baustellen auf den Kantons- und Gemeindestrassen seit über zwei Jahren gefühlt über ganz Lenzburg und weitere werden dazukommen. Aber zurück zur Vorlage Othmarsingerstrasse. Sprecher der GPFK zu dieser Vorlage mit einem Bruttoverpflichtungskredit von CHF 1,59 Millionen ist Ruedi Baumann von der SVP.

Rudolf Baumann (SVP): Die Othmarsingerstrasse war früher mal die Strasse die Lenzburg und Othmarsingen verbunden hat. Es hatte früher in der Mitte eine Tankstelle und zwei Bauernhöfe, ein paar Häuser und das wars. Das Einzige was noch so aussieht wie damals ist die Strasse selbst. Seit der Planung des Autobahnzubringers steht dieses Projekt an. Als die Buslinie der RBL wieder da durch führte hat man den Anwohnern versprochen die Strasse neu zu gestalten und zu beruhigen. Der Kanton hat seine Sache gemacht, die Stadt Lenzburg hat es auf die lange Bank geschoben. Jetzt im Zusammenhang mit der Sanierung Freiämterplatz und Hendschikerstrasse zwingt es sich für die SWL auf, dort Fernwärmeleitungen einzubauen und die Strasse zu sanieren. Es kostet uns CHF 1'590'000 und rund CHF 500'000 kommen vom Agglomerationsprogramm wieder zurück. Wir hoffen dann auch, dass dies eingefordert wird. Im Aufgaben- und Finanzplan sind CHF 1'200'000 eingesetzt zwischen 2026 und 2028. Das müsste reichen. Baubeginn ist im Herbst 2026 und dauert rund 1,5 Jahre. Auf die Gestaltung der Strasse gehe ich nicht weiter ein, das kann man aus den Plänen lesen. Ich persönlich als Anwohner bin froh, geht etwas auf dieser Strasse. Es ist ein Flickwerk und eine unruhige Strasse die viel Lärm erzeugt. Die GPFK und die Fraktion der SVP stimmen dieser Vorlage einstimmig zu.

Philippe Minnig (FDP): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Anwesende drin und vielleicht auch draussen. Es gibt bei dieser Vorlage viel Gefreutes. Einerseits eben der Betrag aus dem Agglomerationsprogramm 4. Generation. Fraktionsintern haben wir über die warme Luft, welche durch dieses Fernwärmenetz in die Strasse kommen soll, diskutiert. Auch wenn wir bei der SWL nicht direkt verantwortlich sind, werde ich den Stadtrat beim Wort nehmen, dass dies nicht zehn Jahre geht, bis die Fernwärme in diese Rohre kommt. Wir stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

Manfred Kiener (EVP): Geschätzte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste, geschätzte Vertreter und Vertreterin der Presse, in die Othmarsingerstrasse wurde bei den letzten Umbauten aus unserer Sicht bereits überdurchschnittlich viel Geld investiert. Eine 30er Zone ist ja bereits eine Verkehrsberuhigung. Der Verkehr soll auch da fliessen können und nicht durch künstliche Hindernisse unnötig gestoppt werden. Es ist ja auch ein Radweg, offenbar von nationaler Bedeutung. Ich habe aber festgestellt, wenn der Bus kommt, dann müssen die Velofahrer auch anhalten. Einzelne Personen aus der Fraktion Mitte-EVP finden deshalb, es seien bereits heute zu viele Verkehrshindernisse in die kurze Othmarsingerstrasse eingebaut. Es gibt 30er Tafeln, zwei Verengungen der Fahrbahn mit teuren Pflasterungen und unnötigen Wehrsteinen, Verengungen der Fahrbahn bei der Bushaltestelle, Bäume zwischen den Parkfeldern etc. Es gibt auch eine Strassenlampe, die sich mitten in einer Baumkrone befindet. Da frage ich mich, was da überlegt wurde, dass eine Baumkrone die ganze Nacht beleuchtet sein muss. Unten an den Bäumen hat es einen Quadratmeter Gras. Dieses ist sehr hoch, ich denke das wurde in diesem Jahr noch nie geschnitten. Auch hat es da viel Abfall, der sich ansammelt. Ich weiss nicht, wer dafür zuständig ist das Gras zu schneiden oder den Abfall einzusammeln. Die Bäume werfen zudem Schatten, weil sie eben zu nahe an den Lampen gepflanzt wurden. Für die Mitte-EVP Fraktion geht die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Projekts Othmarsingerstrasse zu wenig klar aus den Unterlagen hervor. Der Strassenzustand wird als ausreichend bewertet, die Foundation ist in einem guten Zustand und die Lampen sind nicht kaputt. Aus den Unterlagen geht auch nicht hervor wie viel die SWL an dieses Projekt bezahlt. Aus dem Agglomerationsprogramm erhalten wir zwar eine halbe Million aber wir müssen noch immer über eine Million selbst bezahlen für dieses kurze Strassenstück. Wir hoffen es werden keine weiteren Hindernisse eingebaut. Das wäre nicht in unserem Sinn. Wir konnten uns nicht einigen. Nach einer intensiven Diskussion mit einer Stadträtin haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Manuel Schmutz (Grüne): Geschätzte Anwesende, wir haben die Vorlage Othmarsingerstrasse ein bisschen weniger kontrovers diskutiert. Den Ausbau der Fernwärme finden wir unterstützenswert, den Zuschuss des Agglomerationsprogramms sollten wir abholen. Es ist eine wichtige Strasse für Bus und Velo. Die oberirdische Aufwertung ist gegeben, es gibt eine Entsiegelung. Es ist ein gutes Projekt. Die Steine finden wir aber ein bisschen teuer und sie sind nicht gut für das Velo. Wir befürchten aufgrund von Baustellenfahrzeugen Belastungen an der Strasse. Als Gegenstimme kam, es sei eine Strassensanierung auf Vorrat und das Ganze ist ein bisschen teuer mit CHF 1 Million. Wir von der Fraktion SP und Grüne sind mehrheitlich dafür.

Fabian Würmli (SP): Ja wir haben es gehört, es ist kontrovers diskutiert worden. Wir finden es ist eigentlich ein schönes Projekt. Wir haben dort nicht viel auszusetzen, Synergien sollen genutzt werden und nachhaltige Fernwärme soll ausgebaut werden. Aber wir haben immer gehört, wir haben eine angespannte Finanzlage. Wir müssen sparen. Jetzt geht hier der Topf für Subventionen auf und diese soll man abholen. Beim Tommasini hätten wir das auch gehabt und dort gäbe es dringenden

Handlungsbedarf, was die Infrastruktur betrifft. Da bin ich einig mit denen die sagen so schlimm ist es an der Othmarsingerstrasse nicht. Man soll auch ein bisschen vorausplanen und im Herbst kommt an der Othmarsingerstrasse eine grosse Baustelle und wir finden es ist nicht der richtige Zeitpunkt das jetzt zu machen. Vielleicht verlieren wir aus dem Topf das Geld, aber vielleicht kann man auch noch ein bisschen länger warten. Der Zustand der Strasse ist einigermaßen gut. Es gibt sicher Sachen, die man machen kann, aber ich bin der Meinung, der Ausbau der Fernwärme ist ein anderes Gewerbe und ein anderer Kostenteiler. Ich finde es lobenswert, dass man immer eine Zustandsanalyse macht und einen Plan hat, an den wir uns halten, aber ich bin der Meinung wir müssen nicht auf Vorrat Strassen sanieren.

Stadträtin Christina Bachmann: Vielen Dank für das Wort. Ich möchte kurz etwas zu der Othmarsingerstrasse ergänzen. Es wurde gesagt, wir wissen nicht wie viel die SWL beiträgt. Es sind CHF 50'280. Dies wurde im Nachgang der GPFK noch zugestellt, weil es nicht in der Vorlage war. Wie gesagt, die SWL trägt aber auch sonst Projektkosten aber wie du korrekt gesagt hast Fabian, es ist ein anderer Topf. Vielleicht noch einmal kurz zum Agglomerationsprogramm. Wir haben schon einige Projekte aus diesem Programm gestrichen. Es ist immer ein Prozess so etwas da reinzubringen und die Unterstützung von Bund und Kanton zu erhalten. Dann ist es immer sehr bedauerlich, wenn man dann etwas nicht erhält. Zudem ist es so, dass wir an Glaubwürdigkeit verlieren gegenüber Bund und Kanton, wenn wir viele Projekte absagen. Dann möchte ich noch kurz auf die Fernwärme und die Beleuchtung eingehen. Die Lampen sind extra auf derselben Seite wie die Bäume wegen dem Sicherheitsrisiko des Schattens. Man kann jetzt effektiv darüber streiten was sicherer ist in diesem Fall. Aber es wurde auf jeden Fall bewusst so gemacht. Zur Fernwärme ist mir noch wichtig zu sagen, dass wir beschlossen haben, bis 2040 Netto-Null erreichen zu wollen. Wir wissen, der Freiamterknoten kommt und wir wissen, die Hendschikerstrasse erlaubt uns momentan noch nicht Fernwärme in Richtung Othmarsingerstrasse zu bringen. Wir müssen ja diese Baustellen koordinieren. Deshalb gehen wir zuerst an die Othmarsingerstrasse, damit der Bus auf die Hendschikerstrasse ausweichen kann und wenn der Freiamterknoten gemacht wird, kann der Bus dann auf die Othmarsingerstrasse ausweichen. So haben wir die Fernwärme schon, wenn der Freiamterknoten gemacht ist. Sonst verzögert sich einfach alles. Was ich mir jetzt noch aufgeschrieben habe, ist, dass ich den Werkhof darauf aufmerksam mache vor der nächsten Einwohnerratssitzung die Strassen die wir sanieren wollen extra gut zu putzen. So kann kein Einwohnerrat mehr sagen, wir putzen schlecht. Danke für den Hinweis. Wir schauen wirklich drauf, dass die Stadt sauber bleibt. Ich freue mich, wenn ihr diese Vorlage annimmt und danke für die Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Danke Christina, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Sanierung und Umgestaltung der Othmarsingerstrasse zustimmen möchte und wer für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von brutto CHF 1,59 Millionen zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten bewilligen möchte, der soll das bitte mit Aufstehen bekunden.

Die Vorlage wird mit 28 Ja Stimmen und 3 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

5 (26/11) Festlegung der Sitzungsgelder für die Amtsperiode 2026/2029

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Dann kommen wir zum Traktandum 5, Festlegung der Sitzungsgelder für die Amtsperiode 2026 bis 2029. Das ist für einmal ein Geschäft in eigener Sache, jeweils zu Beginn der Legislatur berät die GPFK über die Sitzungsgelder für die neue Amtsperiode und

legt uns ihren Vorschlag zur Genehmigung vor. Sprecher der GPFK ist der GPFK-Präsident Philippe Minnig.

Philippe Minnig (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren im Saal, man sollte nicht länger reden, als das die Vorlage ist. Wir haben in der GPFK nicht lange diskutiert und haben uns an der letzten Festlegung orientiert und nichts geändert. Es gab keine Diskussion und wurde einstimmig angenommen.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Danke Philippe, wünscht noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir bereits zu der Abstimmung. Wir haben zwar heute Abend, wie ich es gesagt habe, eine luftige Traktandenliste, aber künstlich verlängern müssen wir es tatsächlich nicht. Darum würde ich beliebt machen, dass wir nicht einzeln über die sechs Hauptanträge und sechs Unteranträge abstimmen, umso mehr, als die Anträge zu keiner Diskussion Anlass gegeben haben und in dieser Form auch nicht umstritten zu sein scheinen. Sprich, wir stimmen jetzt zunächst darüber ab, ob wir die Vorlage in Globo abstimmen bevor wir dann zu der eigentlichen Abstimmung kommen. Wer damit einverstanden ist, dass wir über die Vorlage in Globo abstimmen, soll bitte aufstehen. **Danke, dann können wir in Globo darüber abstimmen.** Wir kommen zum eigentlichen Antrag. Wer dem Antrag der GPFK zu den Sitzungsgeldern für die Amtsperiode 2026 bis 2029 zustimmen will, soll das bitte mit Aufstehen bekunden.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum zweiten Teil der heutigen Sitzung. Wir befassen uns nun mit der Beantwortung von drei schriftlichen Anfragen durch den Stadtrat. Wir beginnen mit der Anfrage von Marcel Strebel, FDP, zur Entfernung der Parkbänke am Heroweg. Der Stadtrat hat die sieben Fragen beantwortet und auf unserem Sitzungstool zur Verfügung gestellt. Sie werden, ebenso wie die Antworten zu den beiden anderen Anfragen, nach dem heutigen Abend auch auf der Website der Stadt aufgeschaltet. Marcel, möchtest du dazu noch Stellung nehmen?

6 (26/2) Schriftliche Anfrage: Marcel Strebel (FDP): Entfernung von Parkbänken; Beantwortung des Stadtrats

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Anwesende aus allen Interessensgruppen, zuerst möchte ich dem Stadtrat herzlich Danke sagen für die ausführlich und nachvollziehbaren Antworten, die ich bekommen habe. Wie es halt bei solchen Anfragen ist, möchte man trotzdem ein paar Punkte zu bedenken geben. Vielleicht das Offensichtlichste, das Mathematische zuerst. Alternativen, die genannt werden, wie beispielsweise 70 Meter bis zum Lindenplatz. Das mag, wenn ich richtig herumschaue, für alle hier drin überhaupt kein Problem sein, denn ich sehe im Moment niemanden, der ein offensichtliches Mobilitätsproblem hat. Für viele Leute in Alters- und Pflegezentren sind 70 Meter aber eine kleine Herausforderung. Es kommt schon fast einem Pilgerweg gleich. Was ich ebenfalls ein bisschen schade finde, ist, dass natürlich, wie so oft in der Gesellschaft und in der Politik, egal aus welchen Kreisen das Thema kommt, sich einige wenige beschweren können und man auf die eingeht und eigentlich die grosse Mehrheit, inklusive vielen Anwohnenden dort, werden nicht angehört. Es gibt viele Leute dort, die das sehr schade finden, dass man die Bänke weggenommen hat. In diesem Zusammenhang frage ich mich auch noch, warum man mit der Entfernung von drei Bänken das Gefühl hat, man löse ein Problem. Gleichzeitig sind wir in der Stadt voll dabei, ich brauche jetzt ein Wort, das ich sonst nicht brauche, einen Needlepark zu bauen. Bevor ich dann irgendwann in naher

Zukunft wieder einmal ohne Gesamtkontext zitiert werde. Wir hatten zu diesem Needlepark auch einmal eine Abstimmung und auch dort war ich begeistert, man muss aber immer wissen, von was ich begeistert war. Denn ich war vom partizipativen Vorgehen begeistert und habe dort überhaupt nichts darüber erzählt, wie es dann dort einmal aussieht, wenn wir eine konkrete Vorlage haben. Einfach so von wegen zitieren. Für mich macht das Ganze ein bisschen den Anschein von Pflästerlipolitik, insbesondere wenn ich andere Bilder hier in Lenzburg anschau. Beispielsweise der Hypi-platz, wo ich fast jeden Morgen werktags bin. Dort hat es einen Kübel mit Aschenbecher, trotzdem liegen immer Bierbüchsen auf dem Bänkli, trotzdem hat es vor dem Aschenbecher immer etwa 30 Zigarettenstummel und das sage ich selber als passionierter Biertrinker und begeisterter Raucher. Wenn ich das Bahnhofsgelände anschau, das war zwar der Entscheid der SBB und nicht der Stadt. Da hat man einen Migrolino gebaut anstelle, das für einige zu verrauchte Buvette, einen Ersatz zu suchen. Dieses war nämlich auch ein Aufenthaltsort für viele Leute. Nicht unbedingt Drogenkonsumenten aber solche die eher ein Alkoholproblem hatten. Diese halten sich seit mehreren Jahren einfach rund um das Bahnhofsgelände auf. Wenn ich mich in der Nähe des Herowegs umschaue, zum Beispiel das Ambulatorium im Hasel mit den vielen Nischen etc., dort wird dann nichts gemacht. Darum ist es für mich ein bisschen eine Pflästerlipolitik. Mit diesem allem komme ich nun zum Kern meiner Aussagen. Mit der Entfernung von drei Bänken verschwinden drogenabhängige oder trinkende Leute nicht. Egal ob sie gerne draussen sind, Abfall hinterlassen oder Lärm machen, die Menschen verschwinden so einfach nicht. Das sollte uns allen parteiunabhängig bewusst sein. Anstatt Pflästerlipolitik wünschte ich mir einfach ein bisschen mehr. Das wird in der Beantwortung des Stadtrats verdankenswerterweise ein bisschen angetönt. Ein Thema ist beispielsweise die Polizeipräsenz, ein anderes, und auch das wird mit der Beantwortung ein bisschen angeheizt, als angeblich progressive Stadt sollten wir uns langsam, sei es bei der Jugendarbeit, bei der Sozialarbeit ein bisschen mit Streetworking auseinandersetzen. Mir ist bewusst alles was ich gesagt habe, kostet Geld. Aber noch einmal, das muss uns allen bewusst sein. Nur weil wir drei Bänke entfernen, sind Menschen nicht verschwunden. Die sind irgendwo anders in der Stadt. Das Problem ist nicht gelöst. Man hat für die Ursache des Problems nichts getan und sich nicht um die Menschen gekümmert. Lenzburg ist eine herkömmliche Stadt wie jede andere auch und ich glaube es wäre gut, wenn wir anfangen würden uns um die Menschen zu kümmern die Plätze brauchen und halt manchmal auch verschmutzen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Danke Marcel für die mahnenden Worte. Wir kommen zum Traktandum 7. Wir hatten noch eine schriftliche Anfrage von Ivanka Bašić, SP zur Alterspolitik in Lenzburg. Diese hat der Stadtrat ebenfalls beantwortet. Das waren sieben Fragen. Ivanka, möchtest du dich dazu äussern?

7 (26/13) Schriftliche Anfrage Ivanka Basic (SP) zur Alterspolitik in Lenzburg; Beantwortung des Stadtrats

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Einwohnerratspräsidentin, geschätzte Anwesende, danke dem Stadtrat für die umfassende Beantwortung meiner Fragen. Man sieht, in Lenzburg läuft im Altersbereich

bereits wirklich sehr vieles gut mit den beiden Alterszentren, der Genossenschaft VIA, Pro Senectute, Spitex, Kirchengemeinde, Müllerhaus und weiteren Organisationen besteht bereits ein breites Netz, das viel zur Lebensqualität im Alter beiträgt. Auch die Gesellschaftskommission und die Arbeitsgruppe, die daraus entstanden ist für Altersfragen und die jährlichen Runden Tische und das Engagement. Auch in den regionalen Gremien sind wirklich auch wichtige Pfeiler. Auch die Benevol-Mitgliedschaft ist ein klares Zeichen, dass freiwillige Arbeit wichtig ist. In der Beantwortung anerkennt auch der Stadtrat, dass Alterspolitik wichtig ist, sagt aber nicht, wann eine umfassende Strategie mit dem Ziel, mit dem Zeitplan und Ressourcen erarbeitet wird. Gleichzeitig schreibt er selber auch, dass genau diese Ressourcen heute fehlen und dass deshalb noch nichts gestartet ist. Ich kann auch an dem anknüpfen, was Marcel vorher gesagt hat, und das ist Streetworking, das ist alles soziale Arbeit und das braucht halt Ressourcen. Damit ist klar, wir haben einen Handlungsbedarf, aber noch keine strukturierte Antwort darauf. Vor zwei Wochen hat die Aargauer Zeitung geschrieben, wie gross der Druck sei auf die Gemeinden und dass die Gemeinden auch mit dem Kanton über die Zuständigkeit streiten. Wenn man aber jetzt nichts macht und länger wartet, werden bis 2035 im Kanton ca. 1'500 Pflegeheimplätze fehlen und darum ist jetzt höchste Zeit, etwas zu unternehmen. Jetzt kommen wir zu dem, wo Marcel auch darauf hingewiesen hat. Es ist wichtig, dass auch für die vulnerable Gruppe etwas gemacht wird, dazu gehören auch ältere Menschen. In anderen Politikfeldern wie zum Beispiel im Bau oder Immobilien ist es selbstverständlich, dass Fachabteilungen Konzepte ausarbeiten und die Umsetzung im Alltag sicherstellen. Im Altersbereich in Lenzburg fehlt das komplett, es gibt keine professionelle Fachstelle oder Unterstützung, die das machen würde. Ja die Pro-Senectute leistet als regionale Beratungsstelle eine wichtige Arbeit, sie ist aber keine städtische Fachstelle, die den Auftrag hat, strategische Planung, Koordination der lokalen Angebote und die Verankerung des Themas Alter in der Verwaltung umzusetzen. Diese Aufgabe kann man nicht vollständig nach aussen delegieren. Der Stadtrat sagt selber, eine Fachstelle Alter und Gesundheit wäre sinnvoll, verzichtet aber aus Prioritätsgründen darauf und hofft, dass später vielleicht Versorgungsregionen gewisse Aufgaben übernehmen werden. Das ist verständlich aus der Sicht des Spardrucks, den wir haben, aber es löst das Problem nicht. Ja, die Versorgungsregionen sind im Rahmen der kantonalen gesundheitspolitischen Gesamtplanung 2030 geplant. Ich habe dazu auch Grundlagenpapier gelesen oder durchgestöbert und dort heisst es, eine regionale Koordinations- und Geschäftsstelle wäre vor allem für das Monitoring, die Vernetzung zwischen den Leistungserbringern, für das Versorgungskonzept und die Pflegeheimplanung zuständig. Die Koordination würde jedoch in Abhängigkeit von kommunalen Anlaufstellen erfolgen. Also regionale Strukturen sind eine sinnvolle Ergänzung, aber kein Ersatz für den lokalen Anlauf und Koordinationsfunktion. Es braucht eine fachliche Ansprechperson, welche die Interessen von Lenzburg einbringt und die regionale Planung konkret umsetzt. Der Stadtrat legt auch transparent dar, welche Alterswohnungen es gibt und wo es Wartelisten gibt und zeigt selber, dass es zu wenig von diesen spezifischen Angeboten gibt, Stichwort betreute Wohnformen. Das AZOM hat auch eine Studie gemacht und die zeigt, dass die Zahl, der über 80-jährigen in Lenzburg bis 2043 um 92 % steigen wird. Gleichzeitig sind die Pflegebetten zu 99 % ausgelastet und die Alterswohnungen fast zu 100 %. Also das ist keine kleine Optimierungsfrage, sondern eine absehbare Versorgungslücke. Wenn wir erst reagieren, wenn die Babyboomer wirklich im System sind, dann wird es für alle teuer, für die Betroffenen, aber auch für die Stadt. Auch bei der freiwilligen Arbeit hat sich die Ausgangslage verändert, Stichwort gesellschaftlicher Wandel. Viele Frauen sind heute stärker erwerbstätig und können neben dem Beruf und der Familie weniger unbezahlte Care-Arbeit übernehmen als früher. Aktuell engagieren sich Menschen nach der Pensionierung zwar auch weiterhin, aber oft kürzer und projektbezogener und darum reicht es nicht, einfach auf die Freiwilligen zu hoffen. Wir haben heute Nachmittag von der Abteilung

Kommunikation eine Medienmitteilung zugeschickt bekommen, in der steht die Pro-Senectute, das Müllerhaus und die Stadt planen einen Anlass, um die freiwillige Arbeit zu stärken und zu zeigen wie viel Potential in dieser Generation nach der Pensionierung steckt. Das heisst, mit dem Anlass will man den Menschen die Möglichkeit geben und ihnen zeigen, wie sie sich freiwillig engagieren können. Solche Plattformen sind Gold wert, aber sie sind keine Selbstläufer. Damit aus einzelnen Anlässen eine tragfähige Struktur wird, braucht es eine Stelle, die die verschiedenen Organisationen koordiniert und das Thema strategisch weiterentwickelt. Für mich und für unsere Fraktion ist klar, eine starke Alterspolitik ist keine Nice-to-have-Zusatzaufgabe. Das Gesetz sagt klar, für die Langzeitpflege sind die Gemeinden zuständig. Sie müssen genügend Pflegeplätze zur Verfügung stellen. Wenn wir die Strukturen, um länger zu Hause zu bleiben nicht verbessern, brauchen wir am Schluss noch mehr Pflegeheime und der Bau solcher Heime ist alles andere als günstig. Günstiger und menschlicher ist es, wenn ältere Menschen möglichst lange zu Hause leben können, unterstützt durch Angebote, zum Beispiel wie betreutes Wohnen, Tages-Nachtstrukturen, koordinierte freiwillige Arbeit und so weiter. Zudem ist das auch eine Investition in die Würde und in die Selbstbestimmung. Niemand geht aus Spass in ein Pflegeheim. Heute gehen aber viele Menschen mit tieferer Pflegestufe ins Pflegeheim, weil es für sie günstiger ist und die Ergänzungsleistungen die Kosten tragen. Auch wenn die Ergänzungsleistungen vom Bund oder vom Kanton finanziert sind, müssen die Gemeinden mehr für die Restkosten der Pflege zahlen. Insofern möchten logischerweise die meisten Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben und ihren Alltag selber organisieren oder gestalten. Wenn wir dafür ein gutes Unterstützungsangebot haben, kommen ältere Menschen später oder gar nicht ins Heim und das entlastet die Pflegeheime, welche sowieso wenig Fachkräfte haben und es entlastet auch das Budget. Wir haben beim Schulraum schmerzhaft erlebt, wie teuer es wird, wenn man zu spät reagiert und mit Provisorien arbeiten muss. Ich hoffe, dass wir diesen Fehler beim Alter nicht wiederholen. Ich nehme den Bericht dankbar zur Kenntnis und danke für die Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Danke Ivanka. Damit kommen wir zur letzten schriftlichen Anfrage von Thomas Schär zum Thema «Einfach gut». Es waren drei einfache Fragen, die der Stadtrat beantwortet hat. Ich gehe davon aus, dass auch du Thomas noch etwas dazu sagen möchtest.

8 (26/12) Schriftliche Anfrage Thomas Schaer (SP); Projektende «Einfach Gut»; Beantwortung des Stadtrats

Thomas Schaer (SP): Geschätzte Anwesende, ja gerne, ich möchte auch etwas dazu sagen. Wie gesagt, das sind einfache Fragen und ich beschränke mich bei meinem kurzen Votum auf den Abschluss der Beantwortung. Vorab danke ich dem Stadtrat sehr für die rasche und klare Beantwortung und mich freut es natürlich, dass der Stadtrat Lenzburg grundsätzlich offen ist für Projekte aus der Zivilgesellschaft zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, welche als Labor für neue Lebensweise und ein gemeinschaftliches zukunftsfähiges Zusammenleben gedacht sind. Wo ich dann ein bisschen stutzig geworden bin, ist der nächste Teilsatz, sofern sich die im gesetzlichen Rahmen bewegen (Einhaltung baurechtliche Vorschriften etc.). Selbstverständlich, das ist bei dem Projekt der Fall gewesen und das wird, gehe ich davon aus, auch bei nächsten Projekten der Fall sein beziehungsweise liegt das dann auch an der Verwaltung darauf zu achten, dass das eingehalten wird. Ich überspringe noch ein paar Punkte und komme zum Abschluss. Für ähnliche Projekte erachtet der Stadtrat eine vorausschauende und offene Kommunikation und Information von möglichen Stakeholdern als sehr wichtig. Das unterstütze ich ebenfalls, möchte da aber auch kurz ausweiten, dass ich die vorausschauende und offene Kommunikation auch bei anderen Bereichen der Stadt,

vom Stadtrat und der Verwaltung sehr begrüßen würde. Ich lasse mich an dieser Stelle zukünftig auch gerne zitieren, was ich da gesagt habe, dass ich eine aktive Kommunikation der Stadt befürworten würde. Für das ist das Mikrofon und auch das Protokoll da, das wir führen. Der Stadtamman hat das heute Abend bereits erlebt, dass man zitiert wird. Bei anderen Personen hat es zu intensiven Blicken geführt, was mir nicht ganz klar ist, weil ich kurz nachgelesen habe, was ich damals zitiert habe. Das war genau das. Wir können das nachher noch klären. Ich will nicht länger werden. Ich wünsche euch allen einen schönen Abend.

9 Varia

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Danke Thomas, damit kommen wir zu Varia. Ich starte gerade mit zwei Themen. Der Stadtrat hat die Einwohnerratsfraktionen zur Mitwirkung im Zusammenhang mit der Erarbeitung von seiner Strategie zur laufenden Legislatur eingeladen. Die Fraktionen sind aufgefordert, Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken zu 18 Handlungsfeldern einzubringen, die dann in die Strategie einfließen sollen. Ich erinnere an dieser Stelle gerne daran, dass die Mitwirkung noch bis am Montag läuft. An dieser Stelle aber auch gerade noch eine Bitte an den Stadtrat, ich begrüße es, dass der Stadtrat zu relevanten Themen die Meinungen, Inspirationen und Ideen aus dem Einwohnerrat und weiteren Kreisen abholt. Dazu aber noch eine Anregung und ich denke, das darf ich auch im Namen von meinen Kolleginnen und Kollegen im Rat sagen, ich würde es schätzen, wenn man zu diesen einzelnen Mitwirkungen jeweils einen Mitwirkungsbericht erhalten würden. Dieser sollte die Meldungen zusammenfassen, die Trends und Tendenzen aufzeigen, welche aus diesem partizipativen Prozess aufgenommen werden sollten. Sonst droht das Ganze zu einer Pseudopartizipation zu verkommen. Ich habe es ausserdem bereits in der Vorlage zur Othmarsingerstrasse erwähnt, die SWL hat den Einwohnerrat auf den 29. Juni 2026 zu einem Informationsabend in den Werkhof eingeladen, wo sie uns über die operativen Tätigkeiten und die strategischen Schwerpunkte informieren möchte. Nachdem wir in den letzten Tagen in den Medien lesen konnten, dass die Energieversorger von Rapperswil und Möriken-Wildeggen-Niederlenz sich mit der SWL zusammenschliessen wollen beziehungsweise Kooperationen prüfen, verspricht das spannend zu werden. Ich bedanke mich im Namen des Einwohnerrats für die Initiative zu diesem Anlass, den wir sehr schätzen. Denkt da bitte auch daran, dass ihr euch bis am 12. Juni 2026 für den Infoabend anmeldet. Damit gebe ich das Wort frei für weitere Bemerkungen, Hinweise, Fragen unter Varia.

Thomas Schaer (SP): Geschätzte Anwesende, liebe Frau Präsidentin, ich nehme kurz den Ball auf, es wurde auch schon auf einen Parteianlass einer anderen Partei hingewiesen im Rahmen dieser Veranstaltung heute Abend, darum möchte ich noch auf eine andere Veranstaltung hinweisen, wo da vorne Flyer aufliegen. Am Mittwoch, 20. Mai 2026 um 19.30 Uhr findet eine Veranstaltung zur Nachhaltigkeitinitiative im Alten Gemeindesaal statt. Wir haben einen Parteipräsidenten der SVP und eine Co-Parteipräsidentin der SP zu Gast. Alle die auch an der grossen nationalen Politik interessiert sind und nicht nur an Strassensanierungen sind herzlich eingeladen. Besten Dank.

Stadträtin Beatrice Taubert: Ich möchte mich noch einmal schnell äussern zum Schadenfall, bei dem Andi und ich die Gelegenheit hatten, in der AZ ein Interview zu geben. Ich möchte einfach, dass hier alle auf dem gleichen Stand sind. Wir hatten die Chance und wir konnten uns auch in der GPFK äussern zu diesem Schadenfall. Einfach noch einmal kurz, der Schadenfall ist in der Abteilung Soziale Dienste passiert. Als wir vom Ausmass des Schadens erfahren haben, hat dies die Abteilung, wie auch ich und der gesamte Stadtrat sehr bedauert. Das Ganze ist passiert, weil wir Ende 2024

anfangs 2025, wirklich eine prekäre Personalsituation hatten. Wir hatten einen Fachkräftemangel und konnten die Stellen nicht mehr optimal besetzen. Man musste externe Dienstleister einbeziehen, man musste das Tagesgeschäft zum Teil auch mit den bestehenden fallführenden Personen machen, die dann einfach noch das Geld ausbezahlt haben. Das ist so ein bisschen das Tagesgeschäft in den Sozialen Diensten, dass die Leute nicht auf der Strasse stehen, dass die Leute zu Essen haben und das Geld haben. Das andere ist klar, es wäre auch ein Tagesgeschäft, aber das konnten wir so in diesem Fall nicht gewährleisten, das war aber niemandem bewusst. In dieser Zeit wurden dann auch die Fristen vom Kanton geändert. Bis dorthin konnte man ein Jahr lang später noch die Gelder zurückfordern. Es geht um Asylgelder, die wir als Gemeinde vorschiesen und nachher vom Kanton zurückgefordert werden können. Per 1. Januar 2025 hat der Kanton eine dreimonatige Frist nach dem Quartal gesetzt, um diese Gelder abrechnen zu können. Das ist untergegangen, weil die Stellen nicht richtig besetzt waren. Schon in der Zeit, als wir froh waren, einfach das Tagesgeschäft bewältigen zu können wurden vom Stadtrat Massnahmen eingeführt. Wir haben einen Gesamtabteilungsleiter gesucht und wir haben die Buchhaltung von 100 % auf 150 % aufgestockt. Als der Schaden bekannt wurde haben wir weitere Massnahmen getroffen. Wir haben die Prozessabläufe verbessert, wir haben Schadenminimierung gemacht. Mittlerweile sind wir personell viel besser aufgestellt und dieser Fehler wird so sicher nicht mehr passieren. Ich möchte noch einmal mein Bedauern äussern und wir sind immer noch daran, den Schaden möglichst zu minimieren.

Stadtkammann Andreas Schmid: Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen. Nach dem erschienenen Interview in der AZ gab es einen Kommentar am Tag darauf. Darin wird erwähnt, wie der Stadtrat seine Verwaltung führt und im Griff hat. Dazu möchte ich noch ein paar Worte verlieren. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass ich die Aussage gemacht habe im Interview, dass grundsätzlich die Geschäfte in der Stadtverwaltung gesetzeskonform und korrekt abgehandelt werden. Die Verantwortung liegt in den unterschiedlichen Abteilungen und wird durch die Ressortvorstehenden kontrolliert. Ein übergeordnetes Controlling besteht in Lenzburg aber nicht. Gleichzeitig habe ich auch gesagt, und das wissen die Leute aus der GPFK ebenfalls, wir machen alle Trimester einen Zwischenabschluss mit einer Prognose und diese analysieren wir und stellen sie der GPFK zur Verfügung. Es wird kommentiert, wo es Abweichungen gibt, wo muss man genauer hinschauen und das ergibt dann Konsequenzen, um Einsparungen zu machen. Dies findet zweimal im Jahr statt. Wenn man von einem übergeordneten Controlling spricht, denke ich, dass übergeordnet Prozesse festgehalten oder definiert sein müssen und dass eine Stabsstelle oder Abteilungen dies selbst kontrollieren. Das ist das, was Stand heute noch nicht institutionalisiert ist in Lenzburg. Das ist was ich gemeint habe mit dieser Aussage. Aber um es hier auch nochmal gesagt zu haben. Wir haben in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht. Wir haben pflichtbewusste Abteilungsleitende und Ressortvorsteherinnen und Ressortvorsteher. Sie verantworten ihre Geschäfte nach bestem Wissen und Gewissen und führen die Kontrollen so durch. Sie halten sich auf dem aktuellen Stand und absolvieren Weiterbildungen, damit eben solche Fehler nicht passieren. Aber es ist klar, ein übergeordnetes System, welches in einer Stabsfunktion organisiert ist, das wäre bei der Grösse von Lenzburg grundsätzlich denkbar und sinnvoll. Das wissen wir und das haben wir auch auf unserer Agenda. In der Priorisierung der Geschäfte wurde es schon das eine oder andere Mal zurückgestellt, aber es steht auf der Agenda des Stadtrats. Ich denke auch im Zusammenhang mit der Totalrevision des Gemeindegesetzes werden wir das Thema sicher nochmals aufnehmen. Dort werden die Bestimmungen zum IKS auch nochmal verschärft. In diesem Zusammenhang werden wir das Thema wie wird IKS in der Stadt Lenzburg umgesetzt und gelebt nochmals prüfen und Massnahmen einleiten. Es war mir wichtig, das hier nochmals zu sagen.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Danke Beatrice Taubert und Andi Schmid, für die Erläuterungen zur medialen Berichterstattung. Die letzten Worte sind dazu sicher noch nicht gesprochen. Wir haben in der nächsten Sitzung Haupttraktandum Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht. Da wird vermutlich auch aus unseren Reihen noch das eine oder andere Wort dazu fallen.

Manuel Schmutz (Grüne): Geschätzte Anwesende, ich habe ganz viele Fragen. Dank meinen erfahrenen Fraktionskollegen weiss ich jetzt bei den meisten, wo ich die Antworten einholen kann, in welchen Kommissionen, aber eine verrückte, unkonventionelle Idee habe ich trotzdem und die möchte ich euch gerne vorlegen. Ich wohne in der Widmi. Dort hinten haben wir Baustellen, Arbeiter, Lastwagen, Bagger, bald schon der zweite Sommer, das ganze nimmt ganz viele Spielplätze weg. Ich habe das Gefühl, dort hinten gehört sowieso schon lange ein Spielplatz hin. Jetzt wurden da im März zwei Lastwagenladungen Aushub Erde hin gekippt. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie die Kinder auf dieser Erde gespielt haben. Hätte man das im Zeitraffer gefilmt es hätte ausgesehen wie ein Ameisenhaufen. Darum meine Anfrage an den Stadtrat. Könnt ihr euch vorstellen, dort zwei Lastwagenladungen Erde hinzuführen als Ausgleich für die Kinder? Danke.

Stadträtin Christina Bachmann: Liebe Frau Präsidentin, liebe Einwohnerrätinnen und geschätzte Kollegen aus dem Stadtrat, danke vielmals für die Idee. Das ist eine Baustelle, die aus dem Tiefbau entstanden ist wegen der Fernwärme und es tut mir auch leid, dass das so lange gedauert hat. Es hat jetzt gerade auch noch Ausweichverkehr gegeben von den anderen Baustellen wegen der Fernwärme. Ich finde es eine super Idee. Ich prüfe das mit dem Werkhof und dann hörst du oder ihr von mir.

Einwohnerratspräsidentin Corin Ballhaus: Ich danke euch allen dafür, dass ihr euch an Artikel 14 von unserem Geschäftsreglement orientiert habt, welcher uns zur Teilnahme an der Sitzung verpflichtet. Nachdem wir für heute einmal früher schliessen bietet sich vielleicht die Gelegenheit mal die Lenzburger Wirtschaften zu unterstützen. Ich wünsche euch einen schönen Mai, genießt die Feiertage, die wir vor uns haben. Wir sehen uns am 25. Juni 2026 wieder für einmal nicht hier, sondern im Bleicherain. Dies wie erwähnt mit dem Haupttraktandum Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht. Mit dem hat sich die GPFK in den letzten Wochen schon sehr, sehr intensiv auseinandergesetzt, hat schon diverse Prüfgespräche geführt, Prüfberichte erarbeitet, eine Schlussitzung mit den externen Revisoren geführt und wird dazu jetzt noch eine Schlussitzung mit dem Stadtrat halten und ich danke euch ganz herzlich für euer Engagement, denn das geht immer ein bisschen unter. Ich finde das aber sehr erwähnenswert. Ich sage auch danke an Natascha Kromer für die Bereitstellung des Saals und wünsche allen einen schönen Abend.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Die Präsidentin:



Die Protokollführerin:

